Demian Cornu

Was verteidigen wir eigentlich? Wie die Sprache der Nützlichkeit unser Menschenbild verändert

Ein blinder Fleck der Debatte

Die Abstimmung über die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative der SVP ist seit Monaten vorbei. Für viele war ihre Ablehnung eine Erleichterung. Auch für mich. Die Initiative arbeitete mit fremdenfeindlichen, ausgrenzenden Prämissen, und ihre politischen Konsequenzen wären gefährlich gewesen. Sie behandelte Migration als etwas, das sich in Kontingenten deckeln lässt – Menschen wurden darin zu einer Zahl, die man nach Bedarf nach oben oder unten korrigiert.

Trotzdem blieb mir etwas anderes stärker in Erinnerung als die Initiative selbst. Um zu erklären, weshalb, muss ich kurz ausholen. Einige Tage vor der Abstimmung veröffentlichte ich auf Instagram einen Beitrag. Darin äusserte ich mich nur am Rande zu den Argumenten der Befürworter:innen. Im Vordergrund stand vielmehr die Art und Weise, wie die Initiative bekämpft wurde. Ich rechnete damit, dafür Widerspruch zu ernten. Schliesslich richtete sich die Kritik nicht gegen die politische Rechte, sondern gegen eine Argumentationsweise, die auch in progressiven Kreisen weit verbreitet war. Umso mehr überraschte mich die Resonanz. Der Beitrag wurde über 70 000-mal angesehen, hunderte Male kommentiert und geteilt und erhielt gerade aus meinem eigenen politischen Umfeld viel Zuspruch. Immer wieder las ich sinngemäss denselben Satz: »Genau dieser Gedanke hat mir in der Debatte gefehlt.«

Vielleicht lohnt es sich deshalb, diesen Gedanken ausserhalb der Logik eines Abstimmungskampfes noch einmal aufzugreifen. Die Beobachtung war zunächst einfach: Während die Befürworter:innen der Initiative Migration mit irreführenden und teils nachweislich falschen Behauptungen sowie rassistischen Erzählungen vor allem als Belastung beschrieben, verteidigten

viele Gegner:innen sie mit Verweis auf den Fachkräftemangel, die Finanzierung der AHV oder die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Die einen sagten: »Wir können uns diese Menschen nicht leisten.« Die anderen antworteten: »Doch, wir brauchen sie.«

Damit ist der Abstimmungskampf selbstverständlich nicht vollständig beschrieben. Es wurde ebenso auf menschenrechtliche Grundsätze oder internationale Verpflichtungen verwiesen. Dennoch fiel auf, wie häufig gerade jene Argumente den öffentlichen Diskurs prägten, die Migration vor allem über ihren wirtschaftlichen Nutzen verteidigten.

Ich verstehe gut, weshalb so argumentiert wurde. Wer Abstimmungen gewinnen will, sucht nach Argumenten, die mehrheitsfähig sind. Wenn wirtschaftliche Überlegungen in der politischen Mitte besonders wirksam sind, liegt es nahe, genau dort anzusetzen. Daran ist zunächst nichts Überraschendes.

Mich interessiert deshalb weniger, ob diese Strategie erfolgreich war, sondern was diese Argumentation über uns erzählt – und wie sie unsere Vorstellung von Menschenwürde und gesellschaftlichem Zusammenhalt verändert. Denn bei allen politischen Gegensätzen bewegte sich die Debatte erstaunlich häufig innerhalb derselben Logik. Es wurde darüber gestritten, ob Menschen unserer Gesellschaft nützen oder schaden. Ob diese Frage überhaupt ihre Berechtigung hat, stand kaum zur Diskussion. Vielleicht lag der eigentliche blinde Fleck dieser Debatte – wie schon bei vielen Debatten zuvor – gar nicht in den Antworten, sondern darin, welche Fragen überhaupt gestellt wurden.

Ein wiederkehrendes Muster

Mit etwas Abstand wirkt die jüngste Abstimmung weniger wie eine Ausnahme. Wer auf die vergangenen Jahrzehnte der Schweizer Politik zurückblickt, erkennt ein wiederkehrendes Muster. Immer wieder wurden ganz unterschiedliche Themen entlang derselben Frage diskutiert. Mal ging es um Arbeitsplätze. Mal um die Sozialwerke. Mal um Kriminalität. Mal um den Islam. Mal um Wohnraum. Mal um die Bevölkerungsentwicklung. Die Probleme wechselten. Der Sündenbock blieb oft derselbe.

Von der Schwarzenbach-Initiative Anfang der 1970er-Jahre über die Asyldebatten der 1990er-Jahre, die Minarettinitiative, die Ausschaffungsinitiative, die Masseneinwanderungsinitiative bis zur jüngsten Nachhaltigkeitsinitiative wurden Menschen mit Migrationsgeschichte immer wieder zur Erklärung sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Herausforderungen

gemacht. Dabei standen wirtschaftliche Ängste ebenso im Vordergrund wie Fragen der Sicherheit oder der kulturellen Identität. Gemeinsam war diesen Debatten häufig, dass sie komplexe Entwicklungen auf eine vergleichsweise einfache Ursache zurückführten.

Die politische Gegenseite reagierte meist innerhalb dieses Rahmens. Sie widerlegte Zahlen, korrigierte Behauptungen und verwies auf Studien. Sie widersprach den Diagnosen ebenso wie den vorgeschlagenen Lösungen. All das war wichtig. Doch häufig blieb es dabei. Migration blieb das Thema.

Die grösste Wirkung dieser Initiativen bestand deshalb vielleicht weniger darin, Mehrheiten für das eigentliche Anliegen zu gewinnen, als Migration immer wieder zum zentralen Bezugspunkt politischer Debatten zu machen. Gerade deshalb lohnt sich ein genauerer Blick auf die Denkweise, die dahintersteht.

Wenn Menschen ihren Wert beweisen müssen

Wenn wir Menschen verteidigen, weil sie unsere Pflege sichern, unsere Wirtschaft stärken oder unsere Renten finanzieren, beantworten wir nicht die Frage, weshalb sie Rechte haben sollten. Wir beantworten lediglich die Frage, weshalb sie für uns nützlich sind. Und das verändert den moralischen Ausgangspunkt der Debatte grundlegend. Nicht die Würde, die jedem Menschen zukommt, entscheidet dann über seinen Platz in der Gesellschaft – sondern ob er gebraucht wird.

Damit verschiebt sich etwas Entscheidendes. Rechte erscheinen nicht mehr als etwas, das jedem Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder wirtschaftlichem Beitrag zukommt. Sie werden begründungspflichtig. Menschen müssen ihren Platz rechtfertigen, bevor dieselben Rechte als selbstverständlich gelten.

Diese Verschiebung geschieht nicht laut. Menschenverachtende Denkweisen werden selten über Nacht gesellschaftsfähig. Sie schleichen sich ein. Und vielleicht ist genau das das Gefährliche daran. Die verwendete Sprache verschiebt langsam die Grenzen dessen, was selbstverständlich erscheint. Wenn wir Menschen immer häufiger über ihre Verwertbarkeit verteidigen, gewöhnen wir uns daran, sie überhaupt in diesen Kategorien zu beschreiben, die ihre Würde relativieren. Gleichzeitig stumpfen wir gegenüber Bildern und Begriffen ab, die genau diesen Wandel sichtbar machen.

Das zeigt sich etwa bei den Wahlplakaten, die Menschen mit Migrationsgeschichte in unmittelbare Nähe von Kriminellen rücken. Schwarze Schafe, die aus der Schweiz getreten werden, Krähen, die auf die Schweiz

einpicken, eine schwarze Hand, die nach unseren Pässen greift. Solche Bilder lösen zwar nach wie vor Kritik aus, die Empörung darüber scheint jedoch mit den Jahren kleiner geworden zu sein. Nicht weil sie harmloser geworden wären, sondern weil wir uns an sie gewöhnt haben. Gerade progressive Politik sollte gegenüber dieser Entwicklung besonders sensibel sein. Sonst läuft sie Gefahr, dieselbe Sprache zu übernehmen wie jene Kräfte, die sie eigentlich kritisieren möchte.

Wenn der Nutzen zum Massstab wird

Vielleicht verweist diese Nutzenlogik auf eine Denkweise, die längst viele Bereiche unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens prägt. Ein Blick auf andere gesellschaftliche Bereiche zeigt, wie tief sie sich bereits in unserem Denken verankert hat: Bildung gilt als Investition in den Standort. Kultur wird häufig mit ihrer Wertschöpfung legitimiert. Naturschutz mit den Kosten künftiger Schäden. Gesundheit erscheint als Voraussetzung wirtschaftlicher Produktivität. Selbst zwischenmenschliche Beziehungen werden nicht selten in Begriffen wie Effizienz, Optimierung oder Selbstmanagement beschrieben.

Es geht mir an dieser Stelle allerdings nicht um eine grundsätzliche Kritik des Kapitalismus oder um den Versuch, seine Logik umfassend zu beschreiben. Das würde ein eigenes Buch füllen und den Rahmen dieses Essays sprengen. Mich interessiert vielmehr, weshalb uns diese Denkweise inzwischen so selbstverständlich erscheint – selbst dort, wo es um Menschenrechte geht.

Die obigen Argumente sind für sich genommen nicht falsch. Natürlich hat Bildung wirtschaftliche Auswirkungen. Natürlich verursacht Umweltzerstörung enorme Kosten. Und selbstverständlich braucht eine Gesellschaft funktionierende wirtschaftliche Strukturen. Problematisch wird es aber dann, wenn diese Begründungen andere verdrängen. Wenn Bildung ihren Wert fast nur noch über ihre ökonomische Rendite erhält. Wenn Kultur sich damit rechtfertigen muss, dass sie Arbeitsplätze schafft. Oder wenn Menschenrechte vor allem dann verteidigt werden, wenn sie sich wirtschaftlich auszahlen.

Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass auch über Migration zunehmend in diesen Kategorien gesprochen wird: Fachkräfte, Standortvorteil, Wettbewerbsfähigkeit. Vielleicht wird einfach gerade hier besonders deutlich, wie tief sich diese Nutzenlogik inzwischen in unserem politischen Denken verankert hat. Wenn aber der Markt zu bestimmen beginnt, welche

Fragen wir überhaupt stellen, geraten andere Zusammenhänge leicht aus dem Blick.

Wo unser Wohlstand beginnt

Gerade diese Zusammenhänge verdienen mehr Aufmerksamkeit. Denn solange wir Migration fast ausschliesslich als innenpolitische Herausforderung diskutieren, geraten ihre Ursachen leicht aus dem Blick. Wir sprechen darüber, wie viele Menschen zu uns kommen. Deutlich seltener geht es darum, weshalb Menschen migrieren oder welche Rolle europäische Gesellschaften in diesen globalen Zusammenhängen spielen.

Migration ist Teil einer Welt, deren Wohlstand höchst ungleich verteilt ist. Diese Ungleichheit ist historisch gewachsen und politisch produziert. Der europäische Kolonialismus hat sich über Jahrhunderte Reichtum, Ressourcen und Macht angeeignet – oft mit Gewalt, stets ohne Zustimmung derer, die davon betroffen waren. Mit der politischen Unabhängigkeit vieler Staaten verschwanden diese Strukturen nicht. Sie wurden fortgeführt, von westlichen Regierungen, internationalen Konzernen und Finanzinstitutionen, die weiterhin von ihnen profitierten.

Bis heute beruhen zahlreiche globale Handelsbeziehungen darauf, dass Rohstoffe, landwirtschaftliche Produkte und Arbeitskraft dort möglichst günstig eingekauft werden, wo Menschen über die geringste Verhandlungsmacht verfügen und Umwelt- oder Arbeitsstandards besonders tief sind. Unser Wohlstand ist mit diesen Strukturen eng verflochten. Unsere Unternehmen profitieren davon. Unsere Konsumgesellschaft profitiert davon – und oft profitieren auch wir persönlich davon, ohne uns dessen im Alltag bewusst zu sein.

Die Diskussion um die Konzernverantwortungsinitiative hat genau diese Frage ins Zentrum gerückt: Welche Verantwortung tragen Unternehmen – und wir als Gesellschaft –, wenn unser Wohlstand auf globalen Lieferketten beruht? Dass die Initiative zwar von einer Mehrheit der Stimmbevölkerung angenommen wurde, aber am Ständemehr scheiterte, zeigt auch, wie schwer wir uns damit tun, Verantwortung über unsere Landesgrenzen hinaus zu denken.

Besonders deutlich zeigt sich diese Verflechtung am Beispiel der Demokratischen Republik Kongo. Was oft als »Bürgerkrieg« bezeichnet wird, ist weit mehr als ein lokaler Konflikt. Es ist ein Krieg um Rohstoffe, die für Smartphones, Computer oder Elektroautos unverzichtbar geworden sind. Coltan, Kobalt und andere Mineralien ermöglichen technischen Fortschritt

– und können über ihren Abbau und Handel zugleich Gewalt und bewaffnete Konflikte finanzieren.

Die hunderttausend Frauen und Mädchen, die in den vergangenen Jahrzehnten im Ostkongo vergewaltigt worden sind, stehen nicht ausserhalb unserer Konsumwelt. Viele von ihnen kämpfen – oft unter Lebensgefahr und mit wenig internationaler Unterstützung – in Frauenrechtsorganisationen für Aufarbeitung und Gerechtigkeit. Ihr Kampf bleibt hier meist ungehört, während ihr Leid mit unserem neuesten Smartphone verbunden ist. Zwischen beidem verläuft keine unüberwindbare Grenze. Dazwischen liegen globale Lieferketten, wirtschaftliche Interessen und politische Entscheidungen, die unsere Lebenswelten enger miteinander verbinden, als wir oft wahrhaben wollen.

Vor diesem Hintergrund erscheint Migration nicht mehr als isoliertes Problem, sondern als Ausdruck einer globalen Ordnung, von der wir seit Jahrzehnten profitieren. Eine solche Perspektive löst keine politischen Zielkonflikte auf. Sie beantwortet nicht automatisch die Frage, wie Einwanderung konkret geregelt werden soll. Aber sie verändert den Ausgangspunkt der Debatte. Sie richtet den Blick nicht mehr allein auf die Frage, welchen Nutzen Menschen für unseren Wohlstand haben, sondern auch auf jene, welche Verantwortung unser Wohlstand gegenüber ihren Lebensrealitäten begründet. Menschen erscheinen dann nicht mehr zuerst als Arbeitskräfte oder Kostenfaktoren, sondern als Teil einer gemeinsamen Welt, deren Ungleichheiten nicht einfach bestehen, sondern von uns mitverursacht und von den Betroffenen selbst tagtäglich beantwortet werden. Wer das ernst nimmt, erkennt: Migration ist nicht nur ein äusseres Ereignis, auf das reagiert werden muss. Verantwortung endet nicht an nationalen Grenzen.

Von der Erkenntnis zur Gestaltung

Diese Verantwortung endet jedoch auch nicht bei der Erkenntnis globaler Zusammenhänge. Zu wissen, dass unser Wohlstand auf Ausbeutung beruht, verändert für sich genommen nichts. Weder für jene, deren Arbeit und Rohstoffe unseren Wohlstand ermöglichen, noch für jene, die in unserer eigenen Gesellschaft um ihren Platz kämpfen. Verantwortung zeigt sich nicht darin, Privilegien zu benennen, sondern vielmehr im Versuch, sie sinnvoll zu nutzen und zu einem Ausgleich beizutragen. Dazu gehört, die Strukturen infrage zu stellen, von denen wir profitieren, ohne dabei den einzelnen Menschen aus dem Blick zu verlieren.

Denn Ungleichheit begegnet uns nicht nur in den Regionen, deren Roh-

stoffe und Arbeitskraft unseren Wohlstand ermöglichen. Sie zeigt sich auch hier, in unserer eigenen Gesellschaft. Menschen stammen aus unterschiedlichen sozialen Schichten, haben unterschiedliche Lebensrealitäten, Möglichkeiten und Sorgen. Wer das übersieht, hat nur die Hälfte der Verantwortung übernommen – und bei vielen seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt.

Genau hier beginnt aus meiner Sicht die eigentliche Herausforderung progressiver Politik. Zu oft beschränken wir uns darauf, auf die Deutungen anderer zu antworten, anstatt selbst die Debatte mitzugestalten. Wir erklären, korrigieren, differenzieren, widersprechen – all das ist notwendig. Doch zu selten bestimmen wir selbst, worüber gesprochen werden sollte – und zu selten sagen wir offen, was tatsächlich nicht funktioniert.

Denn auch das gehört zur Verantwortung: Probleme und Herausforderungen zu benennen, statt ihnen auszuweichen. Wer sie kleinredet oder ignoriert, überlässt sie jenen, die einfache – und verkürzte – Erklärungen dafür anbieten.

Die überzeugendere Politik ist nicht jene, die Probleme bestreitet oder bloss auf ihre Instrumentalisierung hinweist. Sondern jene, die sie selbst zum Ausgangspunkt eigener Lösungen macht. Sie übernimmt nicht die Fragen ihrer Gegner:innen. Sie stellt eigene: »Wie schaffen wir bezahlbaren Wohnraum? Wie stärken wir unsere Schulen? Wie sichern wir funktionierende Institutionen und lebendige Quartiere? Wie sorgen wir für genügend Pflegepersonal und soziale Sicherheit? Wie schaffen wir Perspektiven für jene, die sich abgehängt fühlen oder Angst haben, zurückgelassen zu werden?«

Viele Menschen machen sich Sorgen: Über steigende Krankenkassenprämien, Kriminalität und überfüllte Züge. Über ihren Arbeitsplatz. Über eine Welt, die sich schneller verändert, als sie Schritt halten können.

Nicht jede dieser Befürchtungen lässt sich statistisch belegen. Aber jede verdient es, gehört zu werden. Zuhören bedeutet nicht, jede Erklärung zu übernehmen. Es bedeutet, Erfahrungen ernst zu nehmen und nach ihren Ursachen zu fragen. Gerade darin unterscheidet sich demokratische von populistischer Politik.

Deshalb braucht es von links mehr als Reaktion. Es braucht eine Politik, die den realen Sorgen begegnet, ohne dabei die eigene Verantwortung für globale Ungleichheit zu vergessen. Es braucht den Mut, eigene Fragen zu entwerfen und eigene politische Projekte zu entwickeln. Nicht nur die bessere Widerlegung, sondern die überzeugendere Vision.

Welche Gesellschaft wollen wir sein?

Am Ende bleibt deshalb vielleicht weniger die Frage, wie wir Migration begründen, sondern welches Menschenbild wir verteidigen wollen. Die eigentliche Aufgabe beginnt bei den Zusammenhängen, die wir sehen wollen, und bei der Sprache, mit der wir über Menschen sprechen.

Wenn wir Menschen immer häufiger zuerst nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen beurteilen, verändert das nicht nur die Migrationsdebatte. Es verändert schleichend unser Menschenbild.

Viele der Argumente, die wir dabei verwenden, mögen vernünftig, pragmatisch oder strategisch sinnvoll erscheinen. Im politischen Alltag sind sie es oft auch. Problematisch sind sie deshalb, weil wir uns so sehr an sie gewöhnen, dass wir gar nicht mehr bemerken, welche Voraussetzungen sie bereits enthalten. Dass Menschen ihren Platz rechtfertigen müssen, bevor über ihre Rechte gesprochen wird. Dass ihr Wert zuerst bewiesen werden muss, bevor er anerkannt wird.

Vielleicht sollten wir nicht zuerst fragen, welche Menschen wir brauchen, sondern welche Gesellschaft wir sein wollen. Eine Gesellschaft, die Menschen vor allem nach ihrer Verwertbarkeit beurteilt? Oder eine, die von der gleichen Würde aller Menschen ausgeht – und politische Lösungen entwickelt, die den realen Herausforderungen gerecht werden, ohne diese Würde zur Verhandlungsmasse zu machen?

Es reicht nicht, die Antworten der politischen Rechten zu entkräften. Wir dürfen ihr die Frage nicht länger überlassen. Am Ende entscheidet sich nämlich an den Fragen, die wir stellen, was wir tatsächlich verteidigen.